

Ersteigtes Hagel
 und mit 2000
 der Sonn- und Festtags.

Abonnementspreis
 monatlich 20 Pf.
 vierteljährlich 1,50 Mk.
 halbjährlich 3,00 Mk.
 jährlich 6,00 Mk.
 Durch die Post bezogen
 1,00 Mk. extra, Postgebühr.

Die Neue Welt
 (Wochenzeitung)
 monatlich 10 Pf.

Abonnementspreis
 monatlich 10 Pf.
 vierteljährlich 30 Pf.
 halbjährlich 60 Pf.
 jährlich 1,20 Mk.
 Durch die Post bezogen
 1,50 Mk. extra, Postgebühr.

WELT

Informationsblätter
 sind für die 6 europäischen
 Parteien über deren Namen
 20 Pfennig.
 Die vollständigen Auszüge
 30 Pfennig.
 Im katalanischen Teile
 kostet die Seite 75 Pfennig.

Interate
 für die Wähler kommen
 müssen spätestens bis
 mittags (am 10 Uhr) der
 Expedition anwesend
 sein.

**Eingetragen in die
 Postregulativ.**

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Muerfurt, Delitzsch-Bitterfeld,
 Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.
 Expedition: Harz 42/43. Geöffnet werktags von 7 Uhr früh bis 7 Uhr nachm. ■ Redaktion: Harz 42/43. Sprechstunde werktags 1/2-1/2 Uhr mittags.

Die politischen Parteien.

Vorbemerkung: Zur wirksamen Bekämpfung des politischen Gegners ist eine möglichst genaue Kenntnis seines Wesens und Charakters unumgänglich notwendig. Daran fehlt es aber in unseren Reihen noch sehr. Wohl hat jeder, der sich für das öffentliche Leben interessiert und Zeitungen liest, eine allgemeine Kenntnis davon, was die verschiedenen Parteien in den Parlamenten tun. Aber sehr weit reicht selbst diese Kenntnis nicht. Weist hat man nur das in Erinnerung, was in der jüngsten Zeit, oder höchstens, was in den letzten paar Jahren geschehen ist. Das reicht aber nicht aus, um ein zureichendes Urteil über den Charakter einer Partei sich zu bilden. Zur Vorbereitung für die Reichstagswahl wollen wir deshalb in einer Anzahl Lose, an einander gereihter Aufsätze ein, wenn auch knappes, so doch zusammenhängendes Bild von der Tätigkeit der hiesigen Parteien auf den wichtigsten Gebieten der Reichspolitik unseren Lesern vorlegen. Da die Rücksicht auf den Raum uns anerkente Einschränkung zur Pflicht macht, so wählen wir aus der Fülle des vorliegenden Materials nur einiges aus, aber dasjenige, was die Grundlage der gesamten Politik des Reiches ausmacht, nämlich erstens die Finanzen, Wirtschafts- und Handelspolitik; zweitens die Militär-, Marine- und Kolonialpolitik; und drittens Fragen des Verfassungswesens. Wir werden auf jedem dieser Gebiete zunächst das Verhalten und die Ansichten der Reichsregierung in den 40 Jahren seit Bestehen des Reiches angeben, und dann untersuchen, wie sich die verschiedenen bürgerlichen Parteien in ihren Programmen und in der Praxis dazu gestellt haben.

Finanzpolitik des Reichs.
 weil die Art und Weise, wie die öffentlichen Gelder aufgebracht werden, von entscheidendem Einfluss ist für die gesamte Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten, samt unserer Handelsbeziehungen mit auswärtigen Staaten, die Fragen von Schulden und Kredithandel, hiermit in engster Zusammenhang stehen, und diese wiederum in das Wirtschaftsleben des Volkes tief einschneiden.

Nachdem in den letzten Jahren fast ununterbrochen neue Steuern, Bälle und andere Abgaben erörtert und bewilligt worden sind, dürfen wir wohl bei unseren Lesern wenigstens soviel als bekannt voraussetzen, daß im Finanzwesen eine grundlegende Unterscheidung gemacht werden muß zwischen direkten und indirekten Abgaben. Die Namen sind etwas ungenau, haben sich aber eingebürgert. „Direkt“ nennt man solche Abgaben, die vom Einkommen oder Vermögen erhoben werden; „indirekt“ heißen die Abgaben vom Verbrauch. Wenn ich a. B. in Preußen bei einem Jahres-Einkommen von 900 Mk. 6 Mk. Steuer bezahlen muß, so ist das eine direkte Steuer; wenn ich dagegen für 1 Pfund Salz, das an sich nur 5 Pf. kostet, genötigt bin 11 Pf. zu zahlen, wovon 6 Pf. auf Almosen in die Staatskasse gelangen, so ist das eine indirekte Steuer.

Direkte Abgaben richten sich nach der Größe des Einkommens oder Vermögens, das einer hat; indirekte Abgaben (so können fast Steuern auch Bälle oder Gebühren sein) betreffen die Lebenshaltung. Das ist der wesentliche Unterschied zwischen ihnen, der zum Verständnis des Folgenden festgehalten werden muß.

Die Regierung des Deutschen Reichs ist seit etwa 35 Jahren unabhängig darauf ausgegangen, die Einnahmen des Reichs möglichst nur aus indirekten Abgaben zu ziehen. Schon der erste Reichskanzler Bismarck hat dieses Bestreben in einer Rede, die er am 22. November 1875 im Reichstag hielt, offen zum Ausdruck gebracht. Und seine Nachfolger sind diesem Bahn gehandelt, wie denn auch Herr v. Bülow als Reichskanzler am 6. Dezember 1906 sich genau in denselben Sinne ausdrückte, wie Bismarck 30 Jahre zuvor. Dessen Programm entsprechend ist die Regierung verfahren. Als das Deutsche Reich 1871 gegründet wurde, bezog es nur sehr wenig indirekte Abgaben, und die wenigen wurden in den folgenden Jahren nach und nach aufgehoben oder ganz aufgehoben. Was im besonderen die Bälle anbelangt, so waren noch im Jahre 1877 rund 95 Prozent der Einnahme zollfrei. Erst nach der Wahl von 1878 (also nach dem Aalenstammeln und nach der Annahme des Sozialistengesetzes) wagte Bismarck mit seinen Finanzplänen offen hervorzutreten. Am 28. März 1879 legte er dem Reichstag ein Gesetz vor, durch welches eine Erhöhung der Bälle um 101 Millionen Mark, der Zehnfachung um 46 Millionen und der Vierfachen um 18 Millionen geschah. Die indirekten Abgaben im Betrag von 145 Millionen Mark wurden bewilligt. Insbesondere ist zu erwähnen, daß 1879 zum erstenmal Getreidebälle geschaffen wurden, wenn auch zunächst in mäßiger Höhe. Damit hat jene Finanzgebarung des Deutschen Reichs begonnen, die bis zum heutigen Tage fort-dauert. 1884 wurden die Getreidebälle bereits verdreifacht, 1890 wurde die Zuckersteuer erhöht. Das Jahr 1887 brachte eine neue Erhöhung der Getreidebälle (die nun bereits fünfmal so hoch waren wie 1879!) sowie eine gewaltige Steigerung der Branntweinsteuer. Aus dem Branntwein allein zog das Reich durch das Gesetz von 1887 rund 100 Millionen Mark jährlich mehr, aus dem Zuder 30 Millionen mehr. Außerdem wurde durch die Einführung der Branntweinsteuer die absolute „Liebes-Sache“ geschaffen.

Die Vorkriegszeit, mit anderen Staaten langfristige Handelsverträge abzuschließen, zwang in den Jahren

1888 und 1894 zu einer Ermäßigung der übertrieben hohen Getreidebälle, die aber immer noch höher blieben als sie 1884 gewesen. Neue indirekte Steuern und einige Zollerhöhungen folgten 1899.

Das alles wurde dann weit in den Schatten gestellt durch den ungeheuerlichen Zolltarif vom Jahre 1902. Darnach wurde u. a. erhöht der Zoll auf Roggen von 1/2 auf 5 Mk. und Doppelgetreide, Weizen von 3/4 auf 5 1/2 Mk., Weizen von 7,80 auf 10,20 Mk., Butter von 16 auf 20 Mk., Oefen von 5,10 auf 8 Mk., Hühne von 1,80 auf 8 Mk., Käfer von 0,80 auf 8 Mk., Schweine von 3,80 auf 9 Mk., frisches Fleisch von 15-17 auf 27-35 Mk., Speck von 20 auf 36 Mk. Dabei haben wir nicht einmal die viel höheren Bälle angeführt, die der Reichstag 1902 beschloß, hat, sondern die ermäßigten, die nachher (1908) in den Handelsverträgen festgesetzt wurden. — Und höher, immer höher wurden die indirekten Abgaben aller Art geschraubt. Es folgte die sogenannte „Reform“ der Finanzen im Jahre 1906, welche u. a. die Zigarettensteuer und die Verbrauchsteuer brachte; endlich die weitere „Reform“ von 1909, die mit ihrer Zehnfachung und Gültigkeitsdauer, ihrer abermaligen Veranuerung des Bieres, des Branntweins, des Tabaks, ihrer Steigerung des Zolls auf Tee und Kaffee noch in frischem Gedächtnis ist.

Das Resultat ist demnach, daß die Regierung in diesen 30 Jahren ihre Politik, nämlich den ganzen Bedarf des Reichs durch indirekte Abgaben aufzubringen, mehr und mehr erreicht hat. Im Jahre 1910 a. B. hat das Reich (nach dem Vorkriegsstand) bei einem Bedarf von über 2800 Millionen Mark rund die Hälfte, nämlich über 1400 Millionen, im Wege der Bälle und indirekten Steuern erhoben. Die andere Hälfte legt sich aber auch nicht etwa aus direkten Abgaben zusammen, sondern aus den Uberschüssen von Post und Telegraphen, aus Einnahmen der Eisenbahnen und anderer Verwaltungen usw. Indirekte Abgaben kann man höchstens die Erbschaftsteuer mit 34 Millionen und die Beiträge der Einzelstaaten (sogenannte Patrimonialbeiträge) mit 48 Millionen ansetzen. Das heißt unter 2800 Millionen Einnahmen ganze 82 Millionen direkter Abgaben!

Bekannt ist, wie gewaltig besonders in den letzten Jahren die Lebenshaltung des Volkes durch diese Verteuerung aller notwendigen Gebrauchsgüter erschwert worden ist. Warum nun hat die Regierung diesen Weg für die größte Quelle des Reichtums verhängnisvollen Weg bestritten? Warum hat sie nicht die einfache und klare direkte Besteuerung nach der Größe des Einkommens und des Vermögens vorgezogen? — Und das dürfen wir wohl — nach den vielen Erörterungen, die der Gegenstand in den letzten Jahren gefunden hat — als bekannt voraussetzen und wollen es deshalb nur in Kürze hier nochmal andeuten.

Schon in jener Rede vom 22. November 1875 sagte Bismarck, daß man die indirekten Abgaben „weniger“ fühlt. Es ist schwer zu berechnen, wieviel der Einzelne zahlt, wieviel auf andere Mitglieder überbürdet wird. Mit anderen Worten: Bismarck gab ganz offen zu, daß auf dem Wege der indirekten Besteuerung das Volk über die Höhe seiner Lasten getäuscht werden kann.

Der zweite, für die Regierung ebenfalls sehr wichtige Grund ist, daß indirekte Abgaben, wenn sie einmal bewilligt sind, sozusagen von selbst weiter laufen und dadurch die Regierung unabhängiger machen von der Kontrolle und Zustimmung des Reichstags. — Endlich kommt als dritte, sehr wesentliche Eigenschaft der Verbrauchsabgaben hinzu, daß sie zum weitaus größten Teil von der ärmeren Bevölkerung getragen werden, und überdies noch den Kapitalisten riesige Extraprofite in den Schoß werfen. Hat doch a. B. Prof. Wrenano berechnet, daß nur aus den Zöllen auf Kaffee, Weizen und Hafer allein in den drei Jahren 1907, 1908 und 1909 die Pariser einen Extraprofit von 2485 Millionen Mark gezogen haben, indes das Reich in derselben Zeit daraus nur 282 Millionen Mark Zolleinnahmen bekam!

Wie haben sich nun gegenüber dieser Finanzpolitik der Regierung die bürgerlichen Parteien verhalten? Mit dieser Frage werden wir uns in den weiteren Artikeln beschäftigen.

Die Marokkogefahr.

Rundgebungen der proletarischen Internationale.
 Die offiziellen Depeschbüros haben am Freitag die Einberufung des internationalen sozialistischen Bureaus gemeldet. Die Nachricht ist ungenau, wie aus dem Bericht hervorgeht, den der Vertreter Frankreichs in diesem Bureau, Genosse Baillant, am Sonntag im Nationalrat der französischen Partei erlangt hat. Der Wortlaut eines von ihm am 8. Juli an den internationalen Sekretär Dubsmas gerichteten Briefes zeigt den wirklichen Sachverhalt.

Der Brief lautet:

„Während die Wähler gestern abend eine von Ihnen beschlossene Einberufung des J. E. V. meldeten, hat Ihr heute eingetragener Brief nur eine Anfrage in Bezug auf diesen Gegenstand zum Inhalt.

Mein letzter Brief hat sie im voraus beantwortet, indem er Ihnen mitteilte, daß die Verwaltungskommission der germanischen Partei und die Fraktion in ihrer gemeinsamen Sitzung den Wunsch ausgedrückt haben, daß jede Verschlimmerung der Lage

in Marokko die Einberufung der Delegierten der betroffenen Länder, Frankreich und Spanien unter Teilnahme des J. E. V. zu Folge haben sollte, sobald die spanische Partei ihre Zustimmung gegeben hätte. Unsere Verwaltungskommission sollte jedoch schon jetzt mit der spanischen sozialistischen Partei in Verbindung treten. Im Ihrer Antwort vor acht Tagen sagten Sie mir, daß sich das J. E. V. an sie gewandt hätte.

Die Entsendung des deutschen Kriegsschiffs nach Agadir und ihre Konsequenzen bewirkt, daß diese Konferenz, wenn sie stattfindet, nur dann einen Sinn hat, wenn die Delegierte der deutschen und der englischen Sektion daran teilnehmen.

Nur eine Einberufung des J. E. V. kann sie in nachstehender mäßiger Weise verwirklichen.

Andererseits ist die Gefahr nicht dringend genug, als daß diese Einberufung auf unseren Antrag ohne Beizugung der nationalen Sektionen erfolgen sollte. Wir müssen uns also entscheiden, Ihre Anfrage zuzulassen, denn die Einberufung wäre ohne die gestrichelte Anwesenheit der Delegierten Deutschlands, Englands und Spaniens zwecklos.

Aber wenn die Gefahr wachsen und drohend werden sollte, würde unser Wunsch sofort zur formellen Abarbeitung werden und das J. E. V. müßte augenblicklich, ohne eine neue Konferenz und Anfrage weder bei uns noch bei irgend einer anderen Sektion einberufen werden.

Sollte die letzte Anfrage zu einer Versammlung des J. E. V. führen, so wäre es gut, daß sie sofort stattfände, frei es auch nur, um abgesehen von dem Ereignis vor ihrem Auseinandergehen, die Delegiertenverammlung zu erleichtern.

Dieser von Baillant im Einvernehmen mit Jaurès und Guesse verfaßte Brief wurde vom Nationalrat gutgeheißen. An der kurzen Diskussion imes Baillant auf die Notwendigkeit für die Verwaltungskommission hin, mit den deutschen, englischen und spanischen Genossen in Abklärung zu bleiben, und Jaurès schlug unter allgemeinem Beifall die Einberufung der deutschen und englischen Genossen zu dem Meeting vor, das die Seine-Abderation für Mittwoch nach Paris einberufen hatte.

Eine Rundgebung des Parteivorstandes
 Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat zu dem Meeting folgendes Telegramm an die französischen Genossen gefandt:

Louis Dubreuilh, Paris, rue de la Corderie 16.
 Das Kampfbewußte Proletariat Deutschlands sendet den sozialistischen Arbeitern Frankreichs brüderliche Grüße. Der französische Sozialdemokratie verkörpert wir, daß die deutsche Arbeiterklasse gegen die verbrecherischen Kriegshörer in eigenen Lande mit der gleichen Energie Ernst macht, die das französische Proletariat bewirkt, indem es auf dem heutigen Meeting der Seine-Abderation die verbrecherischen Kriegstreiber der Chauvinisten verdammt, gegen den Imperialismus und für den Frieden votiert. Es lebe die internationale völkerverbindende Sozialdemokratie!

Die deutsch-französischen Verhandlungen
 dauern fort. Ob und was bis jetzt dabei eigentlich herausgekommen ist, darüber wird itreniges Stillgeschwiegen bewahrt. Im französischen Ministerium des Auswärtigen beschränkt man sich, dem Echo de Paris zufolge, lediglich auf die Erklärung, daß alles, was über die Unterhandlungen bisher gesagt worden sei, keineswegs auf Tatsachen beruhe. — Sehr geistreich!

Der französisch-spanische Konflikt
 Der französische Minister des Auswärtigen de Selves hat vom französischen Gesandten in Tanger Auskünfte über die Ausschreitungen verlangt, deren sich die Spanier in Elksar gegen französische Staatsangehörige schuldig gemacht haben.

Neben die Anwerbung marokkanischer Soldaten durch die Spanier wird den Wäntern weiter gemeldet, daß die Spanier durch das Verschwinden eines höheren Grades aus den Reihen der islamischen Mahalla, die von dem französischen Lieutenant L'Épervier geführt wird, zur Desertion verleitet hätten. Die Spanier hätten den Deserteur Verden abgekauft, die dem Nachen gehörten.

Im Hinblick auf die Vorfälle in Elksar ergeht sich der Imperialismus in heftigen Angriffen gegen Frankreich, dessen Agenten er beschuldigt, daß sie schwere Zwistigkeiten hervorgerufen haben.

Wirkungen der letzten Reichsfinanzreform.
 Die im Jahre 1909 von den getriebenen Stellen des Reichs beschlossenen neuen Steuern haben nach den bisherigen Einnahmegerüchten die von ihnen Bären gezeigten Erwartungen nicht erfüllt. Die Ertragnisse sind leider weitestgehend geringer gewesen, als angenommen wurde. Statt der gewünschten 500 Millionen Mark sind für die nächste Zeit nur etwa 365 Millionen Mark pro Jahr zu erwarten. Immerhin ergibt das noch auf den Kopf der Bevölkerung 5,60 Mark pro Jahr. Im einzelnen haben die bis-

Deutsches Reich.

— **Russische Forderungen.** Die Uebergriffe der russischen Grenzposten an der deutsch-russischen Grenze bilden seitdem eine ständige Quelle der Tagesgespräche. Einmal brachen diese Hunnen plötzlich auf einen Ballon, der sich zufällig an die Grenze verirrt, wie in eine Schar Sperlinge, oder sie mißhandelten deutsche Grenzbevölkerung nach Raune und Willkür. Als neues Schandstück wird bekannt, daß sie sich einen harmlosen deutschen Vergnügungsdampfer als Zielobjekt für ihre verbrecherischen Schießereien ausgesucht hatten. Ein Vergnügungsdampfer aus Rönne mit einem katholischen Gesellenverein unter Führung des Stadtpfarrers Gollnit, an Bord wollte am Sonntag mittag, wie das Berliner Tagesblatt berichtet, einen Ausflug nach dem russischen Baderort Cieschocinet unternehmen. In kurzer Entfernung von der russischen Grenze stieg der Dampfer auf eine Sandbank. Als die Fahrgäste versuchten, über die sogenannten Büden an das Land zu kommen, wurden auf sie von russischen Grenzposten mehrere Schüsse abgegeben. Ein Mann, worauf die Ausflügler bestürzt zum Dampfboot zurückkehrten. Der Leiter des Ausfluges, Förster Gollnit, ließ sich hierauf ans Land bringen, um mit dem Offizier zu verhandeln. Sowohl die Fortsetzung der Fahrt auf dem Dampfer, als auch das Uebersteigen der Grenze zu Fuß wurde kategorisch unterbunden. Als hierauf trotzdem der Versuch gemacht wurde, die Fahrt mit dem Dampfer fortzusetzen, wurden abermals Schüsse abgegeben. Im ganzen fielen sieben Schüsse durch die oder niemand bestimmt wurde.

Das B. Z. glaubt, daß der Vorfall ein diplomatisches Schandspiel haben würde. Man weiß, daß die deutsche Regierung diesmal einen zehnten Protest abgeben wird, weil es sich um einen katholischen Priester mit seinem Gesellenverein handelt. Außerdem ist sonst Deutschlands „guter Freund“, der sich alles mögliche herausnehmen darf, ohne dafür zur Rechenschaft gezogen zu werden! — Im übrigen hat die deutsche Diplomatie gegenwärtig Wichtigeres zu tun, als sich mit solchen „Bagatellen“ abzugeben — sie muß in Marokko die Interessen der Brüder Wannemann und Konjorten wahrnehmen.

— **Das Reichsvereinsgesetz** soll im Frühjahr des nächsten Jahres in Kraft gesetzt werden, nachdem das preussische Ausführungsgesetz dem Landtage noch kurz vor Schluß der Session verabschiedet worden war. Bei Inkrafttreten des Gesetzes werden beinahe drei Jahre verfließen sein, seit der Annahme dieses Gesetzes durch den Reichstag. Die Ausarbeitung der Ausführungsgesetze für die einzelnen Bundesstaaten hat diese lange Zeit in Anspruch genommen. Um Herbst wird auch der Bundesrat die Ausführungsbestimmungen zum Reichsvereinsgesetz festsetzen, nachdem die befragten Organisationen ihr Gutachten im Laufe des Frühjahrs abgegeben hatten.

— **Staatsgefährliche Absichten.** Die Polizei in Kolmar in Polen ist jetzt außerordentlich darauf bedacht, daß von den organisierten Arbeitern nur ja keiner ein Abzeichen trägt, das der famosen Regierungserordnung zuwiderläuft. Zum letzten Gewerkschaftsfest war ein Umzug genehmigt worden, aber mit der Bedingung, daß keine roten Blumen angelegt würden. Die Arbeiter hatten aber trotzdem fast jeder eine solche staatsgefährliche Blume im Knopfloch. Als der Zug sich in Bewegung setzen wollte, forderte die aufgebotene Polizeimacht die Teilnehmer auf, die Blumen zu entfernen, oder der Zug würde aufgelöst. Im Weitergehen zu entgehen, entfernten die Arbeiter auch die Blumen. Nur einige Führer behielten ihr Handversteckchen am Rock. Jetzt ist nun einem der Führer ein Strafmandat zugestellt worden, weil er ein Abzeichen getragen haben soll, welches nicht in den preussischen oder den Reichsfarben gehalten war. Dabei ist das Abzeichen vernichtet und deshalb glänzend blank. Dem Vorhaken des Gewerkschaftsartikels wurde überdies ein Strafmandat zugestellt in Höhe von 10 Mark, weil er es unterlassen haben soll, das beim Gewerkschaftsfest aufgeführte Theaterstück anzumelden.

— **So folgt die Polizei mit ihrer Redestückpolitik** gegen die organisierte Arbeiterkraft beständig dafür, daß die Arbeiter nicht versagen, wie sehr sie in einem Klassenkate leben. Sollte man wirklich noch des naiven Glaubens sein, daß diese Erkenntnis etwa der Polizei und den herrschenden Klassen zugute käme?

— **Ein rührender Richter.** Der Danziger Gerichtsassessor Warmborn befand sich als Vorsitzender des Schöffengerichts beauftragt die Sozialdemokratie der Förderung des Weinens. Er war sehr verständlich, daß jeder Sozialdemokrat die Herrn Warmborn als Richter wegen Unbefangenheit ablehnen mußte. An diesem konnte das aber nicht geschehen. Bereits im ersten Akt hielt das Gericht ohne weiteres fest, daß Warmborn unparteiisch politisch zu befragen sei, daß er als Richter nicht mehr fungieren könne! Er wurde darauf, um der Zufüg die Klage durch weitere Ablehnungen zu ersparen, seiner Funktion als Strafrichter entzogen und an das Zivilgericht verlegt. Seine Tage sollen in Danzig übrigens gezählt sein.

Frankreich.

Am die **Wiedereinstellung der Eisenbahnen** entspann sich am Dienstag in der französischen Kammer ein heftiger Redesturm. Jaurès brachte einen Antrag über die Einrichtung eines Disziplinarrats für die Abweisung von Eisenbahngestellten ein. Sogleich brach ein ebenso heftiger Sturm los. Darauf verließ Jaurès die Tribüne mit der Erklärung: Solange die Arbeiter nicht den Antrag der Sozialisten bekräftigen wollen, werden sie ihr Budget nicht bekommen. (Bezugung.) Jaurès betrat dann die Tribüne wieder und erklärte, sein Antrag würde es ermöglichen, aus der Verlegenheit herauszukommen, in der sich die Minister wegen der Wiedereinstellung der entlassenen Eisenbahnbeamten befänden. Der Ministerpräsident erwiderte, er widersetzte sich der Beifügung des Antrags an eine Kommission nicht, könne es aber nicht zugeben, daß die Kammer einen Antrag annehme, dessen Knappheit schon eine Gefahr bedeute. Schließlich stellte der Ministerpräsident die Vertrauensfrage zu der Ueberweisung an die Kommission. Die Ueberweisung wurde mit 429 gegen 89 Stimmen angenommen. Der Senat nahm das Budget bis auf einige Punkte, in denen mit der Kammer noch keine Einigung erzielt worden ist, an.

Cürkei.

Die albanische Frage

hatte noch immer eine befriedigende Lösung. Offiziell wird bekannt gegeben, daß die **Malizoren die Vorschläge der Porte abgelehnt** haben und auf Annahme des von ihnen den Großmächten übermittelten, 12 Forderungen enthaltenden Memorandums bestehen.

Ein Zersetz des Oberkommandanten von Albanien meldet **neue Angriffe** der von zahlreichen Montenegroern unterstützten Aufständischen auf die vierte Division. Am Abend des 10. Juli erfolgte ein Angriff auf die Truppen, die die Höhen von Selce besetzen wollten. Die Aufständischen wurden zurückgeschlagen. Von den Malizoren sind einige taktisch herbe noch über die montenegrinische Grenze gegangen. Zwei konstantinopler Bataillone sollen nach Adona, zwei weitere nach San Giovanni di Meda in entandt werden.

Amerika.

Die Revolution auf Haiti.

Neuhort, 12. Juli. Die Rebellen in Haiti gewinnen täglich an Boden. Der Finanzminister Claude ist zurückgetrieben, nachdem die künftige Anleihe von 13 Millionen erschöpft ist.

Aus der Partei.

Der **Sozialdemokratische Kreisverein Wülhausen i. Gl.** zählt nach dem Bericht, der in der Generalversammlung vom letzten Sonntag erfaßt wurde, jetzt 1822 Mitglieder, darunter 103 weibliche. Er hat damit auch in diesem Jahre seinen Platz an der Spitze der sozialdemokratischen Kreisvereine des Landes behauptet. Da die Partei in Wülhausen außer vor den Landtags- und Reichstagswahlen noch der Gewerkschaftsfrage obzuliegen hat, die schon auf dem 1. Oktober erbracht sein und wie die beiden anderen Wahlen schwere Gelddopfer fordern, beschloß die Versammlung, für dieses Jahr von der Beschickung des Parteitagess abzusehen. Vor Eintritt in die Tagesordnung protestierte der Verein, einer Aufforderung des Abgeordneten Genscher Emmel folgend, energisch gegen die kolonialpolitische Abenteuerpolitik im Dienste kapitalistischer Ausbeuterinteressen, wie sie im Eingreifen anderer Imperialisten in die Marokkoaffäre durch die Entsendung eines Kriegsschiffes nach Agadir gütige tritt.

Im **Reichstagskandidaten** für den elsaß-lothringischen Wahlkreis **Enargemund-Forbard** stellte eine sozialdemokratische Wahlkreisfraktion den letzten Sonntag den Parteistützler Charles Huber in Enargemund auf, nachdem der bisherige Kandidat, Gemeinderatsmitglied Micholom in Saargemünd, der als Kandidat zum Landtag aufgestellt wurde, zurückgetreten war.

Gehn der Kämpfer.

Der Genosse **Louis Cohn** ist im israelitischen Krankenhaus in Breslau im Alter von 89 1/2 Jahren gestorben. Genaues über das Leben während des Sozialkämpfers offen zur Sozialdemokratie über. Verfassungen durch die Organe des Klassenkampfes blieben ihm hier nicht erspart, und wegen einer ungewöhnlichen Verletzung Wilhelms I. wurde er zu einem Jahre Gefängnis verurteilt. Bis in die jüngste Zeit hinein sah man ihn, wenn seine Gesundheit es ihm erlaubte, bei allen Versammlungen unserer Partei. Bei den Breslauer Genossen fand Genosse Cohn in hohem Ansehen.

Quittung.

Für die **angegangenen Steinheger**: Vom Deutschen Bauarb.-Verband, Filiale Halle 400 Mk. Verband der Steinheger, Halle. J. A. August Müller.

Aus der Genossenschaftsbewegung.

Die **Genossenschaften in der Volkswirtschaft** nach der Betriebsabrechnung von 1907. In seinem letzten veröffentlichten Bericht über die Entwicklung des Zentralverbandes deutscher Bauvereine im Jahre 1910 stellt Generalsekretär Heinrich Kaufmann auch Betrachtungen an über die Rolle, die die Genossenschaften in der deutschen Volkswirtschaft zurzeit der Zählung von Jahre 1895 und der von 1907 gespielt haben. Geschäft wurden im Jahre 1895 2212 eingetragene Genossenschaften mit 17 062 Angehörigen, im Jahre 1905 dagegen 8122 Genossenschaften mit 47 800 Beschäftigten. Die Zahl der Betriebe hat sich also fast verdreifacht, die der Angehörigen fast verdreifacht. Die Zahl der auf einen Genossenschaftsbetrieb kommenden Personen ist dabei von 81 bei der Zählung von 1895 auf 5,9 bei der letzten Zählung gefallen. Im Jahre 1895 waren von je 1000 Beschäftigten 1,8 Genossenschaftsbetriebe, und auf je 1000 Angehörige überhaup kamen 2,1 in Genossenschaften Beschäftigte. Im Jahre 1905 waren von 1000 Beschäftigten bereits 4,5 Genossenschaftsbetriebe, und von je 1000 Angehörigen waren 3,7 in Genossenschaften tätig. Das sind absolut ja noch recht kleine Zahlen, aber sie weisen doch eine starke Tendenz zum Wachstum auf. Leider erlaubt die Statistik nicht, einen Einblick auf die geschäftliche Bedeutung der Genossenschaftsbetriebe unter den übrigen Wirtschaftsformen zu geben.

Aus der Jugendbewegung.

Deutsch-nationale Bildungsarbeit an der Jugend.

In der **antimilitaristischen** Briefe von dieser Tage zu lesen: „Eine **Nachkriegsübung** veranlaßt in der Nacht vom Sonntag, den 8., auf Sonntag, den 9. Juli, in der Lüneburger Heide, und zwar in der Nähe des bei Jübing benannten Hundsberges, die Lehrlingsabteilung Hamburg-Altona im Deutsch-nationalen Handlungsgehilfenverband. Die Führung des Kriegsspiels liegt in den Händen zweier alter Feldwebel vom Infanterie-Regiment Nr. 76, Hamburg. Jeder Kaufmannslehrling in Hamburg-Altona kann sich daran beteiligen. Genaue Mitteilung gibt auf Wunsch nach. Durch solche Kriegsspieler werden die jungen Kaufleute zu würdigen Mitgliedern für den Deutsch-nationalen Handlungsgehilfenverband gedrillt. Als solche brauchen sie dann nur kritisch Hurra zu schreien und auf Kommando „Deutschland, Deutschland über alles“ zu rufen. Mehr ist in dieser „modernen“ Berufsorganisation nicht nötig.“

Literarisches.

Die von einiger Zeit angefangene **Wachstums** über die **Reichsvereinsgesetzgebung** ist nun von der **Wachstums** der Arbeitervereine Güttenberg und Meis zu Halle a. S., Wöflinger und Unbehun zu Wabgeburg ist das Wert tatächlich zu einem praktischen Führer durch die Reichsvereinsgesetzgebung angehalten worden. In klaren, deutlichen, Abhandlungen werden dem Leser alle Fragen beantwortet, die aus der Reichsvereinsgesetzgebung für ihn von Wichtigkeit sind. Die **Kranke**, **Unfälle**, **Insolvenz** und **Hinterbliebenenversicherung** sind in einzelnen Abteilungen besonders bearbeitet, ebenso das **Rechtsverfahren**. Die Art der Darstellung erleichtert das Studium der einzelnen Gesetze. Wie groß das Bedürfnis nach einem praktischen und billigen Führer durch die Reichsvereinsgesetzgebung ist, zeigt sich durch die zahlreichen Bestellungen, welche aus ganz Deutschland einlaufen. Der billige Preis von 30 Pf. für die 96 Seiten starke Broschüre dürfte noch Berechnung geben, daß sich die meisten Arbeitervereine für das Wert unterziehen. Am **Anteil** der organisierten Arbeiter liegt es sicher, wenn sie sich für wenig Geld einen ausgezeichneten Führer durch die neue Reichsvereinsgesetzgebung anschaffen. Bestellungen sind an die **Wachstums** Wachstums, Wabgeburg, Große Mühlstraße 3, erbeten. Die **Genossenschaften** erhalten bei **Bestellung** Rabatt.

Merkmale **Stittlichkeit**. Von Cordt im. Weisig, Verlag Die, 10 Pfennig. Merkmale Stittlichkeit soll natürlich heißen **Lehrfeste** **Unstittlichkeit**. **Temperamentvoll** geht der Verfasser gegen das Stittchen an, das gegen Unstittlichkeit in der **Presse**, **Literatur** und **Kunst** nach dem Staatsanwaltschaftsamt und **schreit**, und im **Schuh** der **Greiner** und **Schreier** die **Stittlichkeit** durch **Geinnung** und **Tat** auf das **größte** **verleitet** wird. Das **Stittchen** **verleitet**, das **Cornin** im. **ausgeholt** hat, ist **erfreulich** und **doch** gibt er nur, ein paar **Wasserschritte** aus drei bis vier **Zeitung** zum **beten**. „**Wollte** man **alle** **Halle**“, sagt er, „**die** in der **Presse** nur **während** der **Dauer** eines **Jahres** **publiziert** werden, **veröffentlichen**, **so** genügt der **Umsatz** eines **Herberichs** **Reinverdienstlohn** **feineswegs**. — Die **Verdienste** ist eine **wertvolle** **Kampfkraft** gegen den **Stittchismus**.“

Zum Reichstags-Wahllohn.

Halle. In einer **Wochzeit** in **Leitun** durch **W.** erhalten 1,00 Mk. **Reichwand**.

Verantwortlich für **Leitartikel**, **Politische** **Ueberblicke**, **Partei** **nachrichten**, **Ausland**, **Genossenschaftliches**, **Feuilleton** und **Wirtschaftliches** **Karl** **Hod**, **Lothar**, **Brobinig** und **Verwaltungs** **berichte** **Wilhelm** **Koenen**, **beide** in **Halle**.

Die **heutige** **Kummer** **umfasst** **10** **Seiten**.

Lebensmittel

Freitag = Sonnabend.

Nussbaum

Kl. Landschinken	Fund 1 ¹⁵	Gehr. Kaffee	1/2 Fund 62 Pf.	Erbwürste	3 Stück 25 Pf.	Zitronen	5 Stück 20 15 Pf.
Schinkenspeck	Fund 92 Pf.	Gehr. Gerste	Fund 14 Pf.	Puddingpulver	5 Pack 20 Pf.	Frische Tomaten	Fund 18 Pf.
Fetter Speck	Fund 58 Pf.	Erbisen	Fund 14 Pf.	Rote Grütze	4 Pack 18 Pf.	Erbisen	Dose 38 Pf.
Mettwurst	Fund 90 Pf.	Linsen	Fund 15 10 Pf.	Eispulver	Packet 10 Pf.	Erbisen mittel	Dose 48 Pf.
Knackwurst	Fund 68 Pf.	Einmachzucker	Fund 23 Pf.	Apfelwein	Flasche 26 Pf.	Leipz. Allerlei	Dose 40 Pf.
Cervelatwurst	120	Kakao	60	Frische	Gurken	3	Neue
	Fund	rein	Fund	10	15	15	5 Fund
Rotwurst	Fund 48 Pf.	Haushalt-Schokol.	Fund 58 Pf.	Oelsardinen	Dose 28 Pf.	Russ. Sardinen	Glas 23 Pf.
Land-Leberwurst	Fund 48 Pf.	Faden-Nudeln	Fund 12 Pf.	Sprossen in Oct	Dose 35 Pf.	Anchovis	Glas 23 Pf.
Condens. Milch	Dose 45 Pf.	Maismehl	Fund 20 Pf.	Bismarckheringe	Dose 40 Pf.	Makronen	1/4 Fund 15 Pf.
Gries	Fund 18 Pf.	Kartoffelmehl	Fund 13 Pf.	Bratheringe	Dose 45 Pf.	Gem. Konfekt	1/4 Fund 8 Pf.
Graupen	Fund 11 Pf.	Haferflocken	Fund 22 Pf.	Mering in Gelée	Dose 30 Pf.	Gem. Bonbon	1/4 Fund 7 Pf.

Schuldig. Gefährdung eines Nachbarhauses bei Aufschüttungsarbeiten. Der Bauunternehmer G. v. H., der die Grundarbeiten zu einem Neubau in Schleich über- nommen hatte, ließ die Baugrube auf einmal ausheben, während dies in Stufen hätte geschehen müssen. Da dadurch das benach- barte Wohnhaus gefährdet wurde, wurde Klage gegen G. v. H. beim Landgericht Halle erhoben, weil er bei der Ausführung eines Baues wider die allgemein anerkannten Regeln der Baukunst verfahren habe, daß dadurch für andere Gefahr entstanden sei. Auf Grund der Hauptverhandlung wurde G. v. H. zu 30 Mark Geldstrafe verurteilt, er hätte das Nachbargebäude, das bedenkliche Risse aufgewiesen habe, bei den Aufschüttungsarbeiten genügend abstützen müssen, und in dieser Unterlassung sei seine Schuld zu erblicken. — E. legte gegen dieses Urteil Revision beim Reichs- gericht ein, weil nicht ausreichend festgestellt sei, daß das Nachbar- haus nachweislich schon vorher Risse aufgewiesen habe und die Gefahr für andere Wohngebäude aus demselben nicht genügend angefangen worden sei. — Der höchste Gerichtshof verwarf indes die Revision und ließ die festgelegte Strafe bestehen.

Solzweiger Trintwasser. Schon seit langer Zeit leidet Solzweiger Mineral- und Trintwasser. Die Kohlen- und Zersetzungen, die sich unmittelbar an demselben abspielen, haben die Oberflächensicht ungenügend, jedoch das meiste Wasser, das noch in den Brunnen war, als Trintwasser kaum noch verwendet werden konnte. Doch nachdem noch die beiden neuen Gruben Theodor und Leopold ungenügend ausgearbeitet sind, die Gruben, die auch noch dieses letzte minderwertige Wasser aus den Brunnen fast verdrängen. Nicht genug damit, daß die Gemeindlichen Werke Griesheim-Gleichen ungenügend die Gesundheit der Menschen angreifen und die Luft in weitem Umkreise in Dunst verwandelt, haben sie jetzt, nachdem sie ihre Kohlengrube Theodor eröffnet haben, auch noch das Redd, den Solzweiger Einwohner das Wasser zu nehmen und es ungenügend kalten nach ihrer Chemischen Fabrik zu leiten. Es ist ein trauriger Anblick, wenn man sieht, wie die Menschen mit Säuren aus Löchern und Hütten Wasser schöpfen. Herrliche Zustände in unterm Industrieort!

Am letzten Nachmittag des 8. Juli kam ein Mann an den ausgemerkten Brunnen, in dem das Wasser nach der Chemischen Fabrik fließt, um Wasser zu holen. Dabei fiel er nach vorwärts zu dem reißenden Wasser, aus dem er sich allein nicht wieder erheben konnte. Er wäre am liebsten ertrunken, wenn nicht ein Nachbarher zufällig des Weges gekommen wäre und ihn herausgeholt hätte.

Jetzt ist wohl die Frage angedacht: Wie lange sollen die Solz- weiger Einwohner ihr Wasser noch aus Hütten und Gruben trinken und dabei Leben und Gesundheit aufs Spiel setzen, während diejenigen, die ihnen das Wasser nehmen, 10 bis 20 Prozent Dividende einnehmen und keine Steuern nach Solzweiger zahlen? Ist es nicht die höchste Zeit, die industriellen Werke zu schließen, der Gemeinde wieder geinutes Wasser zu schaffen!

Eiswerk. Neues Güttenwerk. Auf dem Gelände in der Nähe des Bahnhofs Zeugnisenthal beabsichtigen die Deutschen Volkshilfsvereine G. m. b. H. zu Zeugnisenthal ein Güttenwerk mit vier bis sechs Schmelzöfen zur Herstellung von Metall- arten aus Erzen oder Metallkompositionen, sowie dessen Ver- arbeitungen mit anderen Metallen, wie Nickel, Chrom, und Eisen zu errichten.

Wittenberg. Stadterordnetenwähler. Laut Be- zugsnahme des Magistrats liegt die Liste der stimmfähigen Bürger vom 15. — 30. Juli in der Stadtschreiberei zur Einsicht aus. Wir fordern die Genossen auf, die Liste auf ihre Ein- träge bis nachzusehen, oder sich bei ihren Vorständen zu melden, wie denn das Weitere beizutreffen werden.

Wittenberg. Der Sozialdemokratische Verein hält am nächsten Sonntag pünktlich 8 1/2 Uhr seine Generalversammlung im Parteilokal ab. Alle Vereinsmitglieder müssen erscheinen. Die Nichterwähnten und Durchzügler Genossen seien darauf hin- gewiesen, daß, falls sie einen Delegierten zum Kreisstag haben wollen, sie sich an der Versammlung beteiligen müssen.

Helsbra. Der Sozialdemokratische Wahlverein für Helbra und Umgegend hält Sonntag abends 8 Uhr eine Parteiverammlung ab. Zahlreiches Erscheinen erwartet der Vorstand. Mitgliedsbücher sind unbedingt vorzubringen.

Leipzig. Kinder und Mutter vergiftet. Vor kurzem haben fünf hintereinander einer Samenkraut in Leipzig zwei Kinder, nämlich aus Gram über deren Tod verzweifelt darauf auf die Frau selbst. Nachdem festgestellt wurde, daß die Todesursache der Frau Vergiftung war, wurde von der Staatsanwaltschaft durch Untersuchung der Kinder- leichen das Gericht beauftragt, daß die Kinder vorher von der Mutter ebenfalls vergiftet worden sind.

Arbeiter, meidet den Schnaps!
Mit jedem Gläschen, das ihr trinkt, verleiht ihr dem Staat und der fernliegenden Gesellschaft Mittel zu eurer Knechtung und, was noch immer schlimmer ist, ihr betriegt euch selbst.
Jeder Alkoholenuss ist eine Steuerzahlung!
Statt ihr eignen Organisationen zu fördern, unterstützen die Arbeiter durch ihren Alkoholenuss den Staat, der sie unterdrückt und der Kapitalistenflotte dient. Sie führen einen Kampf gegen den Militarismus und Marxismus und ertränken ihn doch selbst durch ihren Alkoholenuss. Niemand zwingt sie dazu, kein Gebot und keine Not, aber sie tun es dennoch, schmeiden ihre eignen Besten, binden sich den Geist und binden sich die Hände, liefern sich ihren Klaffgegnern aus durch den Alkoholenuss!
Darum nicht nur im Interesse des leiblichen Wohles des einzelnen, sondern vor allem im Interesse der kämpfenden Klasse, fordern wir Einschränkung des Alkoholenusses. Das ist der Sinn des auf dem Leipziger Parteitag gefassten Beschlusses.

Allerlei.
Der Kinder verdrückt.
In Köln spielten vier Kinder im Alter bis zu zehn Jahren an einer Neubaustelle; sie wählten in das Erdreich eine tiefe Grube. Pünktig haben die Erwachsenen nach und nach schüttelten alle vier Kinder. Ein vierjähriges Mädchen fand den Erdhügel, ein zehnjähriges Knabe wurde sterbend ins Hospital geschafft. Auch die beiden anderen Kinder erlitten so schwere Verletzungen, daß an ihrem Aufkommen gezweifelt wird.

Kleines Allerlei. Ein Großfeuer entstand bei Gelegenheit des Ausbruches einer Petroleumlampe der Astra Romana in Vana (Venedig). Ein Angenieur wurde getötet, mehrere Arbeiter sind schwer verletzt. Der Schaden soll bedeutend sein. — Eine in der Nähe der Wörthel ge- schah am Mittwoch in Klein-Landsbühl. Ein 18 Jahre (1) alter Dienstknecht erdrohte sich 7 Jahre altes Mädchen mit einer Weichheitskrankheit, als es sich seinen Vorhaben durch Schreiben überlebte. Er hätte das Kind und zerstückte die Leiche. Bei seiner Verhaftung wurde er von der Volksmenge beinahe getötet worden. — Selbstmord eines Ober- zahlmeisters. Oberzahlmeister Zich vom 2. Bataillon des 17. Artillerieregiments in Danzig hat sich auf dem Regimentsbureau in Danzig durch einen Saug in die Schale getölet.

Sozialdemokratischer Verein für den Wahlkreis Merseburg - Querfurt.
Der diesjährige Kreisstag (Generalversammlung) findet Sonntag, den 6. August, vorm. 11 Uhr, in der Kaiser-Wilhelms- Halle in Merseburg statt.

Tagesordnung.
1. Jahresbericht und Bericht der Agitations-Kommission
2. Parteibericht und Bericht der Neuwahlen.
3. Vorstand und die nächsten Reichstagswahlen. Referent: Genosse Pollender.
4. Wahl eines Delegierten zum Parteitag.
5. Wahl eines Delegierten zum Kreisstag.
6. Anträge.
7. Verschiedenes.
Anträge müssen bis zum 20. Juli in den Händen des Vor- standes sein.
Die Delegierten sind nach § 12 des Statuts zu wählen, sie müssen mit Mandaten versehen sein.
Die Distriktsleiter oder deren Stellvertreter erscheinen ohne Mandat.
Der Vorstand: J. M.: Konrad Müller.

Sozialdemokratischer Verein für den Wahlkreis Mansfeld.
Der diesjährige Kreisstag findet am Sonntag, den 6. August, von 10 Uhr an in Klostermansfeld, Gasthof zum goldenen Ring, statt.
Die vorläufige Tagesordnung ist:
1. Geschäfts- und Kassenericht.
2. Die Reichstagswahlen.
3. Die Parteipresse.
4. Wahlen.
5. Anträge und Verschiedenes.
Die Delegiertenwahlen sind in Mitgliederberatungen nach dem angelegten Regula- tum vorzunehmen. Einwoige Anträge müssen bis zum 20. Juli eingeleitet werden.
Mit Parteigrüß Der Vorstand.

Wahlkreis Wittenberg-Schweinitz.
Laut Beschluß der Kreisleitung findet der diesjährige Kreisstag am Sonntag, den 13. August, vormittags 9 Uhr, im Lokal Kron- pring zu Jahnla statt.
Vorläufige Tagesordnung:
1. a) Jahresbericht, b) Kassenericht, c) Bericht aus den Orten.
2. Reichstagswahl.
3. Presse.
4. Wahlen.
5. Anträge und Verschiedenes.
Anträge müssen bis zum 30. Juli beim Vertrauensmann ein- gereicht werden. Die Delegiertenwahlen sind möglichst bald vor- zunehmen.
Mit Parteigrüß
J. M.: Herrn. Rißhake, Klein-Wittenberg, Köstiger Str. 32.

Merkworte für unsere Berichtler.
1. Wenn du etwas einer Zeitung mitteilen willst, tue dies rasch und schide es sofort ein.
2. Sei kurz; du sparst damit die Zeit des Redakteurs und deine eigene. Dein Prinzip sei: Tatsachen, keine Phrasen.
3. Sei klar, schreibe nicht mit Pfeiffen, sondern mit Tinte und leserlich, besonders Namen und Ziffern; lese mehr Bunkte als Komma.
4. Schreibe nicht „gestern“ oder „heute“, sondern den Tag oder das Datum.
5. Korrigiere niemals einen Namen oder eine Zahl; streiche das fehlerhafte Wort durch und schreibe das richtige dar- über oder daneben.
6. Die Hauptwörter: Beschreibe nie, nie, nie beide Seiten des Hirtes, sondern schreibe auf einer Seite ge- schrieben, lassen sich rasch zertheilen und an die Seite ver- teilen. Es kommt oft vor, daß durch Befahren von beiden Seiten die eine Seite wegen notwendiger Korrekturen voll- ständig abgeschrieben oder wegen Befahrung des Redakteurs ge- strichen werden muß.
7. Gib der Redaktion in deinen sämtlichen Schriftstücken Namen und Adresse an. Anonyme Aufschriften kann die Redaktion nicht berücksichtigen.

Wochenende der Redaktion von 1/2 bis 1/2 Uhr.
Erfrischende Getränke sind jetzt ein Bedarf für jeden, stonemisch und leicht lassen sich diese mit „Reichs- Limonadenpulver-Extrakte“ in hausesweiser Qualität und reinem Fruchtgeschmack wie Himbeer, Kirch, Erdbeer, Zitronen, Grenadine, Vanille usw. selbst bereiten. Jede Originalflasche für 75 Pf. enthält 1 Pfund Limonadenpulver, dessen volles Glas Aroma und große Wohlthat übertrifft. Ein Pfund stellt sich für und fertigt nur auf etwa 25 Pfennige, wodurch es jeder Familie möglich ist, täglich köstliche Limonaden, Biddings und sonstige süße Süssigkeiten zu genießen. Wer noch keinen Versuch gemacht hat, überzeuge sich sofort selbst. Nieder- lagen in den bekannten, meist durch Schilder kenntlichen Drogerien, die „Original-Heidel-Extrakte“ führen, wo nicht zu haben, erhalt Versand durch Otto Heidel, Berlin S.D. 33. Man achte aber stets auf Marke „Viehgers“ und nehme nichts anderes, da nur diese für volle Echtheit des Nahrungsmittels garantiert. Das wertvolle, reich illuzitrierte Rezepthuch „Die Zubereitung im Hausehalten“, zur Selbstbereitung sämtlicher Säfte, Beerenweine u. und alkoholfreier Getränke u. wird vollständig kostenfrei abgegeben.

Genossen! Berücksichtigt bei euren Einkäufen nur die Geschäftsleute, die auch im Volksblatte inserieren.

Verband der Böttcher, Zahlstelle Halle.
Einladung zur Wasserfahrt
am Sonntag den 16. Juli nach Köpzig und zurück nach Wörmitz.
Dahelst in „Wenels Gasthof“:
Großes Sommerfest
bestehend in Souper, Preisstücken für Damen und Herren, Ainderbelustigungen und Tanz.
Abfahrt punkt 12 Uhr von Schöppler (Unterplan).
Das Komitee.
Bockwitz. Bockwitz.
Zu dem am Sonntag, 16. Juli, stattfindenden
Sommerfest
der freien Gewerkschaften des Ländchens und der Bockwitzer Arbeitervereine
Laden wir die organisierte Arbeiterschaft hiermit ein.
NB. Die dem höchsten Kartell nicht angehörenden Arbeiter haben sich mittelst Mitgliedsbuch zu legitimieren.
Gewerkschafts-Kartell für Bockwitz und Umg.

Bürgergarten. Könnern. Geschirrführer!
Unsere Versammlung findet Sonnabend den 15. d. M. abends 8 Uhr im Bürgergarten statt.
Um zahlreichen Besuch bittet Der Einberufer.
Die vollständige
Gesinde-Ordnung
oder die
Bestimmungen der preussischen Gesetze
über
Die Rechte und Pflichten der Herrschaft u. des Gesindes
nach der
Gesinde-Ordnung vom 8. November 1810
unter Berücksichtigung des Bürgerlichen Gesetzbuches.
Mit Anmerkungen.
Preis 30 Pf. Porto 5 Pf.
Zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung, Halle a. S., Post 42/43.

Neu! Neu!
Die Säugetiere der Erde
100 Abbildungen auf 30 Farbendrucktafeln
von Chr. Botticher, Text von Dr. Aug. Schleyer, Direktor der Hgl. landwirthschaftlichen Schule. Porto 30 Pfg.
Preis 2.50 Mk.
Gegenstück
zu den im Vorjahre zu Weihnachten in vielen Hunderten verkauften
Die Vögel der Erde
100 Abbildungen auf 30 Farbendrucktafeln
von Karl Reunzia, Redakteur der Gefiederten Welt. Text von Direktor Aug. Schleyer. Porto 30 Pfg.
Preis 2.50 Mk.
Zu beziehen durch alle Ausländer und die
Volksbuchhandlung, Halle a. S., Post 42/43.

2. Beilage zum Volksblatt.

Mr. 162

Halle a. S., Freitag den 14. Juli 1911

22. Jahrg.

Deutscher Ortskrankenkassentag.

K. r. Dresden, 11. Juli 1911.

Zweiter Verhandlungstag.

Zunächst gab der Vorsitzende vor Eintritt in die Tagesordnung bekannt, daß 822 Kassisten mit 749 Belegteiten und circa 60 Käse auf der diesjährigen Tagung anwesend sind. Dann referierte Kassenvorstand Herr Pollender Leipzig über: Träger der Krankenversicherung, Kasserverbände, Träger der Krankentafeln sind nach der Versicherungsordnung die Orts-, Amts-, Betriebs- und Innungs-Krankenkassen. Daneben die im Lande bestehenden freiwilligen örtlichen Anspargkassenkrankentafeln. Die Bestimmungen zur Zentralisierung sind also nur von ganz bescheidenem Erfolg gewesen. Die Zentralisation wird aber noch weiter gefördert durch die Möglichkeit besonderer Krankentafeln. Vollerend erzielt dann, welche Voraussetzungen zur Gründung jeder einzelnen der vorgenannten Kassentypen notwendig sind und welche Berufskreise für die Mitgliedschaft in Frage kommen. Aus allem ergibt sich, daß die Kassengegliederung auch in Zukunft eine recht unübersichtliche sein wird, wodurch die Leistungsfähigkeit natürlich herabgemindert wird. Deshalb muß die Zusammenführung zu großen Verbänden, deren Ziel die Bildung von Betriebs- und Innungskassen nach Kräfte erschwert werden.

Wesentliche Krankentafeln können sich wie bisher zu einem gemeinsamen Kassensverbande vereinen. Ein solcher Kassensverband kann für die im angeführten Verbände gemeinsame Beamte anstellen, Rechnungen, Zahnärzte, Drogerien und Apotheken abschließen, die einheitliche Behandlung der Kranken mit Krankenhäusern und Sanatorien vereinbaren usw. — Ferner anzuheben an Stelle seiner Ausführungen an die Kassenvorstände, alle diejenigen gesetzlichen Bestimmungen genau in Betracht zu nehmen, die uns wenigstens einen kleinen Schritt in der Zentralisation vorwärts bringen können. (Schloffer Beifall.)

Nach der Versammlung referierte Kassenvorstand Herr O. A. M. Er eröffnete zunächst die Frage: In welche Klasse gehört das Mitglied? Es werden nach den jetzt geltenden Bestimmungen noch größeres Schwierigkeiten als bisher entfallen bei der Entscheidung, zu welcher Klasse ein Mitglied gehört. — Man kann in Zukunft seine Mitgliedschaft freiwillig nur verlieren, wenn man mindestens sechs Monate Mitglied der Klasse war. Es ist das Recht gegeben, sich in einer niedrigeren Klasse zu versichern. Die freiwillige Mitgliedschaft kann innerhalb drei Wochen nach dem Ausscheiden aus dem Arbeitsverhältnis angemeldet werden, zu früher innerhalb einer Woche.

Die Mitgliedschaft erlischt bei der Beendigung der Mitgliedschaft. Aus der Krankenversicherung können alle diejenigen auscheiden, deren Einkommen über 4000 M. beträgt. Diese Bestimmung ist total zu vermeiden. Ferner bewies an Beispielen, die schallende Beifall auslösten, zu welchen Einkommensschwächen diese Bestimmung führen wird. Ebenfalls die Komplikationen, die sich daraus ergeben, daß in Zukunft zur Wahl des Kassenvorstandes zwei Personen, sowohl die der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer notwendig sind. Die Schärfer werden alles daran setzen, für ihre Einheitsbeitragszahlung trotzdem den maßgebenden Einfluß in den Krankentafeln zu bekommen, die Arbeitgeber aber, die Absicht haben, sich zu Kassenvorständen emporzuschwingen, mögen bedenken, daß sie nie und nimmer das Vertrauen der Arbeiter haben können. Es ist deshalb in allen Beziehungen besser, wie bisher in den Krankentafeln friedlich-friedlich zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern zusammen zu arbeiten. Der Redner wünscht, daß alle die einschneidenden Bestimmungen, die nicht zum Vorteil der Kassen, sondern zum politischen Schaden willen in das Gesetz hineingeklebt sind, aufgehoben werden an dem gefunden Sinn jeder Seite der Beteiligten in den Kassen.

In der Diskussion erklärte ein Redner, wie sich die Bestimmung, daß Mitglieder mit über 4000 M. aus der Krankenversicherung auscheiden müssen, umgehen ließe. Ihm wurde vom Vorsitzenden Dr. J. J. Kohn (Leipzig) scharf erwidert,

daß der Kongress die Wege erlernen will, wie man sich dem Gesetz anpassen hat, nicht wie es umgehen kann. Es sprechen noch O. H. H. Düssel und H. H. H. Im Schlußwort erklärte O. H. H. gegenüber einer Mehrheit des Vorlesenden, nicht zu hören zu sein, wenn seine eigene Ansicht nicht geteilt, solle lieber nicht herkommen, sondern die Kreuzsetzung lesen. (Beifall.)

Als stonend Referent referierte Justizrat Meyer-Kranenfeld über Das Beamtenrecht (Dienstrecht). Im Gegensatz zu dem bisher geltenden Grundlage der Vertragsfreiheit hat die Versicherungsordnung eine wesentliche Umgestaltung des Beamtenrechts herbeigeführt. Sie hat das Recht nicht für die einzelnen Versicherungsbezieher einseitig getan. Sogar innerhalb der Krankentafeln ist eine verchiedenartige Behandlung eingeführt. Nach wie vor ist der Angestellte, der in einer Betriebskrankentafel angestellt ist, der Angestellte und Beamtenrecht der übrigen Arten der Krankentafeln. Im Fall einer nicht Vorleistung von diesem neueren Recht zu machen, muß man unterdessen zwischen der Dienstordnung als solche und zwischen dem einzelnen Dienstvertrag in jeden gegebenen Falle. — Die Dienstordnung ist zunächst die Grundlage für das Angestellten- und Beamtenrecht. Welcher Personentypus fällt unter die Dienstordnung? Sie ist für einen Teil obligatorisch, für einen anderen Teil nur erlaubt. Man muß drei Gruppen von Angestellten unterscheiden. Zunächst die Gruppe der Festangestellten und Festbeholdeten; das ist die Gruppe, für welche die Dienstordnung obligatorisch ist. Auf die unbestimmten Beamten der Krankentafeln kann die Dienstordnung ausgedehnt werden. Bezieht es sich, so gilt für diese Gruppe noch immer das freie Vertragsrecht. In der Mitte dieser Gruppen stehen die staatlichen oder gemeindlichen Beamten. Die Vorschriften der Dienstordnung, die unter anderen auch die Bestimmung der sachlichen Befähigung enthält, sind zu gehalten, daß sie die Quelle vieler Streitigkeiten werden. Neben dem Wohnort kann die Dienstordnung noch Vorschriften enthalten über Ferien usw. Die Krankentafeln müssen sich bemühen, möglichst klare und erschöpfende Dienstordnungen aufzustellen, damit die Zahl der Streitigkeiten zwischen Beamten und Kassen auf das minimum beschränkt wird.

Bezüglich der Kündigung wird für den größten Teil der Beamten die Bestimmung gelten, daß mindestens sechs Wochen vor Ablauf eines Vierteljahres die Kündigung ausgeprochen werden muß; und daß nach einer sechswöchigen Anstellung nur noch aus einem wichtigen Grunde kündbar werden kann. Religiöse oder politische Betätigung außerhalb der Krankentafel oder das freie Ausüben des Kooperationsrechtes gelten aber nicht als wichtige Gründe. Geld- oder Ordnungsstrafen können nur bis zur Höhe eines Monatsgehältes verhängt werden. Die Dienstordnung als Ganzes ist eine öffentlich-rechtliche Einschränkung des freien Verwaltungsvertrages der Krankentafeln, insofern, als dem Inhalt der Dienstordnung zumiderlaufende Verträge nicht abgeschlossen werden können.

Die Aufhebung des Dienstvertrages kann nur erfolgen durch übereinstimmenden Beschluß der Mehrheiten der beiden Vertragsparteien. Wenn der Beamte seine Dienstpflichten zu einer religiösen oder politischen Tätigkeit mißbraucht, muß er entlassen werden. Tut der Vorstand das nicht, muß das Oberverwaltungsamt ihn dazu anhalten. Die Streitigkeiten aus der Dienstordnung sind die Versicherungs- und Oberverwaltungsämter zuständig.

Als Folge des neuen Beamtenrechts wird künftighin die Anstellung von Beamten größtenteils nur durch Kompromisse zwischen Versicherern und Arbeitgebern herbeigeführt. Ein freier Arbeitsvertrag im engsten Sinne ist in Zukunft nicht mehr möglich; er muß sich unbedingt im Rahmen der Dienstordnung halten. Aber ein gewisser Inhalt der Dienstordnung kann auch in Zukunft noch gemeinsam beraten und vereinbart werden.

Das Uebergangsrecht hat alle vor dem 1. Januar 1908 erworbenen Rechte außer Betracht gelassen; sie dürfen also durch das neue Recht nicht berührt werden. — Der Redner schließt mit der Hoffnung, daß die großen Befürchtungen, die die Be-

amten gehegt haben, nicht zutreffen werden, sondern daß überall in Deutschland die vernünftigen Behörden sich dem nicht entgegenstellen werden, daß die Krankentafeln den Dienstverträgen einen möglichst guten sozialen Inhalt geben. (Beifall.)

Ein Diskussionsvortrag wurde nicht beilief. Schiffbrüche in Halle-Dresden referierte Johann über: Vermahlung der Mittel. Verhältnis zu Ärzten, Zahnärzten, Krankenhäusern und Apothekern. — Die Versicherungsordnung läßt es, daß Mittel der Krankentafeln auch zur Vorbeugung gegen Erkrankungen verwendet werden. Der Bundesrat bestimmt für das ganze Reich Art und Form der Vermögensführung. Beim Verhältnis zu den Ärzten war die Hauptfrage wiederum die freie Arztwahl. Der Leipziger Ärzteverband ist bei der Regelung im Recht mit dieser Frage unzulässig. Was der Streit über die Zukunft ist, ist nicht beilief; die Ärzte werden sich nicht beruhigen, sondern den Kampf weiterführen, und die Kassen müssen dann den Kampf aufnehmen, so sehr sie zu einem guten Verhältnis auf antwortiger Grundlage mit den Ärzten bereit sind. Bezüglich der Krankentafelverwaltung kann der Vorstand einer Kasse bestimmen, daß die Behandlung in bestimmten Krankenhäusern erfolgen soll. Hat er eine solche Bestimmung getroffen, so kann die Behandlung in einem anderen Krankenhaus ohne zwingenden Grund nicht mehr geordert werden. Der Redner bedauert sich dann über das Verhältnis zu Apothekern und Drogerien. (Schloffer Beifall.)

In der Diskussion sprach Herr Dr. Gumpertz-Berlin, der als Gast anwesend war. Er sagte, die freie Arztwahl werde vom Leipziger Verband hauptsächlich als Agitationsmittel aufgestellt. Der Leipziger Verband sei lediglich ein Agitationsverband. Der Redner hat nichts einzuwenden gegen die Erhöhung der Versicherungsgrenze von 2000 auf 2500 M.; er bedauert aber die Ausbreitung der Kasse, daß die Kasse sich selber bestimmen möchte, um das Aufheben der Versicherer mit einem Einkommen von über 4000 M. Das müßte nach der Ansicht der Kassen sein. In dem Rahmen dieser Bestimmungen haben die Kasse in etwa ein Äquivalent für die Erhöhung der Versicherungsgrenze. Zum Schluß trat Redner für ein gewisses Entgegenkommen der Kassen an die Ärzte ein.

Dem Redner erwiderte Herr Dr. H. H. H. Dresden, daß er immer dafür eingetreten ist, vermeidbare Konflikte mit den Ärzten zu umgehen. Aber wenn er auch noch so wohlwollend den Ärzten gegenüber ist, so darf er nicht bezweifeln, daß er ein Kassenvorstand ist, und daß bestmögliche Interessen der Versicherungsbeteiligten vertreten muß. Darin findet dann das Entgegenkommen an Apothekern und Drogerien, die durchaus unzulässig ist. Selbstverweigerung ist nicht nur ein Ehrenwort von den Ärzten als von der Regierung nehmen lassen. (Stürmische Zustimmung.) Die freie Arztwahl soll den Ärzten ein Mittel sein, um den Fuß in den Boden zu legen; dazu sind wir aber zu nahestell, um das gefallen zu lassen. (Beifall.) Es gibt in Deutschland noch Ärzte genug, die eine Basis der Verständigung mit den Kassen suchen wollen, auf einem anderen System als dem der freien Arztwahl, und die Verhandlungen mit diesen Ärzten werden in der nächsten Zeit beginnen. Darin liegt die Kasse, welche glücken, mit der freien Arztwahl zusammen zu können, mögen das System weiterführen, oder sie mögen aus Gegnern dieses Systems keine Schwierigkeiten machen. (Beifall.) Diese Warnung richtet sich besonders an die Leipziger Ärzte und persönlich an Herrn Wolle, der wir im übrigen in seinen Handlungen nicht bedauern wollen. — Die Hauptfrage ist Ruhe und Beilief gegenüber dem Leipziger Ärzteverband; bemessen ist es heute sicher schon unbedachtig über den Krankentafeln zu Rate. — Was die 4000 Mark-Grenze anbelangt, so haben die Kassen das absolute Recht, diese Bestimmung, nachzuschaffen und zu hinterfragen, nur ein Maßregel durchzuführen, die durchaus unzulässig ist. Redner richtet zum Schluß noch einmal die Bitte an die Leipziger, die Einheitsbeiträge der Gegner der freien Arztwahl nicht zu hören, die allgemein umringelt abgewehrt werden müßte. (Stürmischer Beifall.)

Als er Halle sprach noch im Sinne des Referenten, dann referierte Herr H. H. H. Berlin über: Besondere Be-

Zwei feindliche Welten.

Nomian aus der Arbeiterbewegung.

Von Jan van den Tempel.

18) Aus dem Holländischen überetzt von Georg Körner.

(Nachdr. verb.)

„Ich denke mir die Sache so, Freunde, Ihr müßt den Kaufbau der fünf Kassen, die Verletzung der Stimme, das Regen der Beilagen usw. in Afford übernehmen. Macht eure Berechnung, dann wollen wir die Sache abschließen.“
„Sie murren alle zusammen die Worte; Storch verlangte die Zeichnungen.“
„Der Steinbauer nie nach dem Herrn Bauleiter; er hatte mit dem Konstruktoren Differenzen wegen der Front des mittleren Hauses, in dem Maße eingerückt werden sollten. Während die Beratung pflogen, sah Körner unausgesetzt nach den Zimmerleuten, die in lebhaftem Gespräch beisammen standen.“

„Sollen Sie den Kaufbau in Afford übernehmen?“
„Dendrit nicht bejahend.“
„Darüber bin ich ungeheuer froh. Dabei wird wenigstens der laute Schweiß herauskommen. Oben Sie nur mal acht, wie sie sich ins Zeug legen werden.“
„Dendrit auch nicht. Sie Kassen, Körners Einmischung packte ihm nicht. Nach einer halben Stunde gab die Zimmerleute Nachricht, daß sie fertig seien.“
„Nun, wie viel soll es sein?“

„Storch war der Wortführer; persönlich schüttelte er ab während den Kopf.“
„Herr Herr Müller, Sie sollen die Summe nennen, dann können wir urteilen.“
„Ich danke,“ erwiderte Dendrit spöttisch.
„Holen wir der Regel; beide schreiben zu gleicher Zeit ihre Gebote nieder,“ riefung Piet Gruiter vor.

„Einerhundert!“
„Storch und Müller haben jeder ein Beilagen auf, und Erhalten, einer dem andern unsichtbar, eine Zahl darauf. Beide zeigten sie auf gleicher Zeit.“
„Storch,“ rang es einstimmig und langbegeht aus dem Munde der Zimmerleute, „Dendrit hat 600, Storch 1040 Mark geschrieben.“
„Das ist kein Preis,“ murrte Piet Gruiter entrüstet.

„Dendrit bedrte ägerlich die Hände in die Taschen.“
„Geht das gerädel? Ueberflacht nur die Sache noch einmal.“

„Er schritt über den Weg. Seine sonnige Stimmung war mit einem Male fort. Sie wollten ihn übers Ohr hauen, das hat die Vermählung! Offenbar fanden sie seinen Preis für schändlich. Na, übermäßig bemessen war er ja gerade nicht — das konnte er nicht behaupten — aber es konnte darum gemacht werden.“

„Körner kam ihm in den Weg.“
„Er tat, als hätte er ihn nicht gehört; er verdammte Herr! Bald darauf schritt er wieder dem Schuppen zu.“
„Nun?“

„Der Müller,“ sagte Storch verdross und mit feierlichem Nachdruck, „ist in der äußersten Preis.“
„Der äußerste Preis,“ wiederholten die Kameraden. Dendrit überlegte. Mein Gott, er konnte doch jetzt nicht aufstehen wie der erste beste Pfaffenbauer.“

„Angenommen,“ sagte er mürrisch, „es ist noch zeitlich genug gesagt. Dabei wird ein schönes Geld bezahlt. Nun, ins Zeug gelegt! Storch, der Raucher mit dem Schlag-aus wartet auf Sie!“

„Er regelte die Arbeit aus für die übrigen Zimmerleute, unbeschäftigt über die Vergütung, zuletzt gicgermäßig. Wenden möchte ihn heruntergelassen — und zwar mit Recht — und die Arbeiter würden über ihn schimpfen wegen seines ersten Angebotes. Dieses alderbe Partegel! Es war dem Geschäft nachteilig und hatte obendrein noch Verdrießlichkeiten im Gefolge.“

„In elender Stimmung fuhr er zu Branden.“
„Das Dienstbündchen öffnete. Durch den Gang schreitend, hörte er in der Höhehölle Kopfe mit Tante Christine plaudern. Eben war er ins Kontor getreten und hatte kaum den Herrn begrüßt, als sich die lauten Klänge des Pianos vernehmen ließen.“

„Mädchen, Mädchen, du hast heute wieder deinen guten Tag,“ sagte der Unternehmer, mit Wohlgefallen dem Spiele lauschend.

Der junge Mann zog ein Bündel Papier aus der Rocktasche. Die ersten Gehäße. Wenn man nur einmal unbefragt mit diesem reizenden Binde fündeln könnte — Gott, welche Seligkeit! Wohllich fuhr ihm der Gedanke durch den Kopf, daß die vortreffliche Abmildung von Gehäßen vielleicht das einzige Mittel sei, um sie zu gewinnen.

„Nun kommen Sie, Müller, wollen wir abrechnen,“ gebot Branden.

„Dendrit präsentierte das Berechnnis der Ausgaben.“
„Schätzig Marx Arbeitelohn für drei Zimmerleute; hm, hm, wenn sie's nur verdienen.“

„Ich habe an heute morgen zwei neue eingestellt,“ sagte Dendrit gleichmäßig.
„Fremde?“
„Das heißt, sie kamen von Müller; gute Arbeiter.“

„Es was, Leute von Müller!“ sagte Branden, seinen Bart freizeln.
„Ich habe ihnen heute morgen den Kaufbau in Afford übergeben.“
„Ganz Interesse, neigte Branden sich vorüber.“

„Und?“
„Neunhundertbeilagen.“
„Das ist viel.“ Branden ließ sich in seinen Armhül zurücklehnen; — neunhundertbeilagen Marx, das ist viel Geld. Eine dunkle Blut überzog sein Gesicht, mürkmütig feste er die Lorgnette auf die Nase.

„Hilf zu die, dief zu die.“ — Der Unternehmer schmeuchte brüchlich. Er hatte es stiftig auf, eine unruhig im Zimmer auf und ab. Gelassen wartete Dendrit das Unwetter ab, das Pianoforte konnte jetzt fortsetzen und aufhören, es Klang mühlosig für ihn.

„Branden maß das Zimmer mit immer kleiner werdenden Schritten. Endlich sagte er sich wieder an dem Schreibtisch; sein Gesicht hatte sich aufgehellt, aber die Lorgnette glänzte noch immer über den Augenlein. Vertraulich klopfte er seinem Schwallerer auf die Schulter.“

„Müller, Junge, Sie sind noch nicht fertig mit sich selbst; das ist eine böse Sache — sehr böse. Nun, reden wir nicht weiter darüber. Aber in Zukunft dürfen keine wichtigen Abschlüsse ohne mein Vorwissen gemacht werden.“

„Dendrit biß sich auf die Lippen.“ — „Allo!allo meine Vollmacht einzuwirken werden?“ fragte er niederschlagend.
„Gut, habe auch Verpflichtungen,“ meinte er entschuldigend sich der Unternehmer — „und Interesse, die mir anvertraut sind, wahrzunehmen. Das können Sie mir glauben.“
„Nurhübe drehte sich Dendrit auf seinem Stuhl. — „Ich glaube — Sie sollten vorzüglich noch bedanken abgeben.“
„Gut, nun, wenn ich Ihnen damit dienen kann.“
„Herr Branden nippelte die Lorgnette von der Nase und hielt sie gegen das Licht, die Augen halb zugemittelt; ein Rädeln schlich über sein Gesicht.“

